

1. Mai 2015

linksimrat

Informationen der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum



Genug gekürzt! Bochum sozial!

Vor genau 125 Jahren wurde der 1. Mai erstmals weltweit als Protest- und Gedenktag mit Massenstreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt begangen. Im Jubiläumsjahr steht der 1. Mai bei auch bei uns in Bochum im Zeichen zahlreicher Arbeitskämpfe. Als Linksfraktion im Rat haben wir den Streik der angestellten LehrerInnen, die Proteste der Feuerwehrleute und die Kita-Streiks in Bochum unterstützt. Denn wir meinen: Wer für die Rechte der Beschäftigten auf die Straße geht, hat die Unterstützung der lokalen Politik verdient. Vor allem aber stehen diese Kämpfe in einem größeren gesellschaftlichen Kontext: Wer im Bildungs- und Sozialbereich und bei der öffentlichen Infrastruktur kürzt, runiert unser Gemeinwesen. Dagegen wehren wir uns gemeinsam. Wir streiten für ein gutes Leben und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle. Für ein Ende des Spardiktats und der unsozialen Kürzungspolitik in Bochum!



Gültaze Aksevi

Sozial- und Erziehungsberufe aufwerten!

Die Linksfraktion im Bochumer Rat hat den Warnstreik an den Bochumer Kitas unterstützt. Aktuell führt die Gewerkschaft ver.di eine Urabstimmung für einen unbefristeten Streik durch. „Klar, so ein Streik macht Eltern Probleme“, sagt Gültaze Aksevi, Ratsmitglied der LINKEN. „Die Unterfinanzierung der Arbeit im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich hat aber noch viel schlimmere Auswirkungen. Die Kommunen müssen endlich ein Angebot vorlegen. Eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe ist überfällig. Warum zahlen wir eigentlich den Menschen, die auf unsere Kinder aufpassen, so viel weniger für ihre Arbeit als den Menschen, die zum Beispiel auf Geld aufpassen?“, fragt Aksevi. Mit einer Anfrage im Rat lässt die Linksfraktion aktuell die Beschäftigungsverhältnisse der Stadt in diesem Bereich klären. „In den Kitas und im Sozialdienst arbeiten qualifizierte Fachkräfte. Ihre Arbeit ist gesellschaftlich gesehen eigentlich unbezahlbar. Trotzdem liegen ihre Einkünfte auch in Bochum auf einem eher niedrigen Niveau. Hier ist die Stadt als größter lokaler Arbeitgeber in diesem Bereich in der Pflicht, dass sich das ändert.“



Ralf-D. Lange

Kürzungshaushalt konkret: Stadtbücherei

Manchmal hassen wir es, Recht zu haben. Zum Beispiel, wenn es um die Folgen des unsozialen Kürzungshaushalts geht, den SPD und Grüne im Rat durchgesetzt haben. Nach der Erhöhung städtischer Gebühren, der Kürzung der Ganztags-Betreuung an Bochumer Schulen, der Verkürzung der Freibad-Saison und ersten Nichtverlängerungen von Arbeitsverträgen trifft es jetzt die Stadtbücherei: Sie kündigt an, ab dem 1. Mai ihre Öffnungszeiten täglich um eine Stunde zu reduzieren. Die Stadtteilbüchereien bleiben zukünftig Mittwochs und Samstags sogar ganztägig geschlossen. Schulöffnungszeiten werden komplett gestrichen. So setzt sich fort, was sich bereits angekündigt hat: Der breit angelegte Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge in Bochum. Wir sagen: Das Kaputt kürzen unserer Stadt ist keineswegs alternativlos. „Die Bochumer Haushaltskrise ist zum Teil in Bochum gemacht, aber längst nicht nur“, sagt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat Ralf-D. Lange. „Vor allem hat eine falsche Politik auf Bundes- und Landesebene die Kommunen an den Abgrund getrieben. Deshalb kann die Krise auch nicht durch unsoziale Kürzungen vor Ort überwunden werden, sondern nur durch gemeinsamen Druck auf die Bezirksregierung, Land und Bund. Die Voraussetzung dafür ist, dass Bochum diese ruiniöse angebliche „Sparpolitik“ zurückweist und nicht weiter umsetzt.“

Haushaltsloch: BochumerInnen belasten, Unternehmen beschenken?

Und als wäre das alles nicht schon schlimm genug, teilt die Verwaltung in einer Vorlage für den Haupt- und Finanzausschuss mit, dass sie ein zusätzliches Haushaltsloch in Höhe von 17 Millionen Euro entdeckt hat. Das ergebe sich aus geringeren Gewerbesteuer-Einnahmen, Anlagevermögen-Verlusten und zu niedrig eingeplanten Kosten bei der sozialarbeiterischen Betreuung von Geflüchteten. Um das neue Finanzloch zu stopfen, will die Verwaltung die Grundsteuer um 155 Punkte erhöhen – also von den Bochumer HausbesitzerInnen und MieterInnen insgesamt 20 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich eintreiben. 20 Millionen Euro, das sind sogar drei Millionen mehr als das prognostizierte 17-Millionen-Euro-Loch. Was die Stadt mit den zusätzlichen drei Millionen Euro machen soll, dafür hat die Verwaltung bereits ebenfalls einen Plan: Sie will die Gewerbesteuern um diese Summe senken. Die Verwaltung kündigt an, entsprechende Beschlussvorlagen in die Eatsitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates einzubringen. „Dieser Plan bedeutet nichts anderes als ein Drei-Millionen-Steuer Geschenk an die Konzerne und Unternehmen, während selbst einfache Mieterinnen und Mieter durch die Grundsteuer-Erhöhung zusätzlich belastet werden sollen“, sagt Ratsmitglied Horst Hohmeier. „Wir werden uns eindeutig gegen diese Umverteilungspläne stellen.“

1. Mai - Nazifrei!

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit – aber seit einiger Zeit außerdem ein Tag, an dem Neonazis versuchen, ihre menschenfeindliche Propaganda zu verbreiten. Die NPD will versuchen, sich in Mönchengladbach zu profilieren. Die Neonazis der Partei „Die Rechte“ haben angekündigt, am 1. Mai ab 18 Uhr von Essen-Steele nach Gelsenkirchen-Rotthausen zu ziehen. Auch in anderen Städten haben sie Routen angemeldet, so dass erst kurzfristig bekannt werden könnte, wo die FaschistInnen tatsächlich aktiv werden. In Gelsenkirchen hat sich ein Bündnis gefunden, das sich dem Neonazi-Aufzug in den Weg stellen will. Unter dem Namen G-E-Blockt lädt das Bündnis alle ein, sich an friedlichen Sitzblockaden zu beteiligen. Aktuelle Infos gibt es im Internet unter facebook.com/geblockt2015 und geblockt.blogspot.de. Weitere Kundgebungen sind u.a. von den Bündnissen ESSQ (essen-stellt-sich-quer.de) und Kray ist bunt (kray-ist-bunt.tumblr.com) geplant. Der Protest ist gut und wichtig – kein Fußbreit den FaschistInnen!



Horst Hohmeier



Sevim Sarialtun

Refugees Welcome! Für menschenwürdige Unterkünfte, Abschiebungen verhindern!

Menschenwürde darf nicht unter Haushaltsvorbehalt stehen! Ein neues städtisches Unterbringungskonzept für Geflüchtete definiert zwar endlich „Standards für menschenwürdige Unterbringung“ in Bochum. Allerdings werden wichtige Forderungen nicht umgesetzt. Zum Beispiel fehlt eine zeitlich klar definierte Begrenzung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Außerdem wird in dem Papier deutlich, dass die Stadt die selbst definierten Standards nicht einhalten wird. Teile der Standards sollen nicht in bereits bestehenden Unterkünften gelten, und insgesamt werden sie sogar bei den Planungen für neue Unterkünfte verletzt. Auch fehlt eine Strategie, was die Stadt machen will, um nicht mehr auf Notlösungen wie Gemeinschaftsunterkünfte und Container zurückgreifen zu müssen. Wir fordern, dass die Verwaltung ein Konzept für ein kommunales Wohnungsbauprogramm entwickelt, die Standards verbessert und verbindlich einhält.



Dschamilja Heider

Auf unsere Anfrage hin hat die Stadt Zahlen zur dunkelsten Seite der Bochumer Flüchtlingspolitik vorgelegt: Seit dem Jahr 2010 sind 294 Flüchtlinge gewaltsam aus Bochum abgeschoben worden, darunter 48 Minderjährige. In 54 Fällen wurde Abschiebehaft angeordnet. In 847 Fällen hat die Stadt andere „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ ergriffen. Nicht beantwortet wurde unsere Frage, wie viele Abschiebungen ohne Ankündigung des Termins stattgefunden haben. Flüchtlingsinitiativen kritisieren, dass Bochum anders als einige andere Städte Abschiebungen in der Regel unangekündigt durchführt. Das führt in den Unterkünften zu einem ständigen Gefühl der Bedrohung und zu Retraumatisierungen. Als Linksfraktion setzen wir uns für ein Ende der menschenfeindlichen Abschiebepolitik insgesamt ein. Ein erster Schritt ist jedoch ein Ende der besonders grausamen Bochumer Praxis, Betroffene mitten in der Nacht überfallartig abzuschieben.

DIE LINKE.
im Rat der Stadt Bochum

Mehr Informationen:

WWW: linksfraktionbochum.de
E-Mail: linksfraktion@bochum.de
Twitter: [@linksfraktionbo](https://twitter.com/linksfraktionbo)
Facebook: [linksfraktion.bo](https://facebook.com/linksfraktion.bo)

Rathaus, Raum 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 – 1295 / -1296
Fax: (0234) 910 – 1297

V.i.S.d.P.: Ralf-D. Lange,
Adresse siehe oben

Layout: Rolf van Raden